

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 108 (2014)
Heft: 11

Artikel: Vom Versuch, mein Visum zu erneuern
Autor: Wenger, Karin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-514146>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Karin Wenger

Vom Versuch, mein Visum zu erneuern

Ich stand vor dem Beamten und war fassungslos. «That's the procedure, Madam», wiederholte er. Hinter ihm türmten sich Dossiers bis unter die Decke. Hier würde auch mein Antrag auf Verlängerung des Visums zum Staubfänger, derweil die Frist ablief. Das morgige Ablaufdatum stand schwarz auf weiss in meinem Pass, den mir der spitzbärtige Bürokratiehandlanger nun wieder zuschob. Zuerst packte mich Wut, dann kamen mir die Tränen. Nach einer zermürbenden Odyssee durch stickige Büros war ich am Ende meiner Kraft.

Korrespondentin in Südasien zu sein, ist ein Traumberuf, keine Frage. Ich bereise wilde afghanische Berggebiete, versuche die Psyche von gescheiterten Selbstmordattentätern oder Gefangenen zu verstehen, entdecke ungeahnte Paradiese in Pakistan und kann denen eine Stimme geben, die sonst selten zu Wort kommen. Das ist der hörbare Teil der Arbeit. Der unhörbare Teil findet als Hürdenlauf durch die indische Bürokratie statt.

Seit ich nach Gurgaon gezogen bin, einer Art Agglomeration der Firmensitze, bloss 40 Metro-Minuten von Süd-Delhi entfernt, hat die Bürokratie mehr als die Hälfte meiner Zeit aufgefressen und einen Grossteil meiner Nerven. Denn Gurgaon liegt bereits in Haryana,

einem anderen Gliedstaat als Neu Delhi. Das ist das Problem. Seit 2009 hatte ich Jahr für Jahr die Erneuerung meines Visums im Foreigners Regional Registration Office (FRRO) in Neu Delhi beantragen müssen. Und dieses, so sagte mir jetzt der Beamte in Gurgaon, müsse mir zuerst ein Umzugszertifikat ausstellen, damit das FRRO in Gurgaon sich um meine Visumsverlängerung kümmern könne. Durch den Umzug hat das Prozedere der Visumserneuerung geradezu groteske Formen angenommen.

Normalerweise beginnt die Prozedur zwei Monate, bevor das Visum abläuft. Um den Antrag beim FRRO stellen zu können, müssen JournalistInnen einen Brief vom Aussenministerium vorweisen, und um den zu bekommen, braucht es ein Empfehlungsschreiben des Chefredakteurs, ein Formular, Pass- und Visa-Kopie, Mietvertrag, Foto und Journalistenausweis der Regierung. So war das zumindest in den letzten Jahren. Im Frühling kam der Regierungswechsel, und seither ist die Liste der nötigen Dokumente gewachsen – just unter dem Mann, der alles einfacher zu machen versprach. Doch Premierminister Narendra Modis Interesse gilt dem Big Business. JournalistInnen aber sind lästig, und ihre Kritik an der Bürokratie schreckt ausländische Investoren ab. Pressefreiheit ist in der sogenannt grössten Demokratie der Welt längst zur Farce verkommen. Viele freischaffende Journalisten bekommen keine Visumsverlängerung mehr oder können gar nicht erst einreisen. Doch nicht nur ihnen werden Steine in den Weg gelegt. Vor einiger Zeit wollte eine Kollegin, die hier seit Jahren für eine renommierte Zeitung tätig ist, ihr Visum erneuern. Als sie nach langer Wartezeit endlich ins Aussenministerium gebeten wurde, lag dort ein Stapel ihrer Artikel. Jemand hatte sich die Mühe genommen, alle zu übersetzen. Ihre Kritik an den Menschenrechtsverletzungen der indischen Soldaten in Kaschmir oder in den Naxaliten-Gebieten in Chhattisgarh

passte der Regierung nicht. Die Journalistin erhielt nur noch ein Visum für sechs Monate. Es wurde ihr nahegelegt, eine Stelle ausserhalb des Landes zu suchen.

Was für ausländische JournalistInnen gilt, spüren die einheimischen schon lange. Kritik an der Politik der Regierung in Kaschmir wird nicht geduldet. Wer die Regeln nicht befolgt, darf nicht mehr mitspielen, und wer kritisch bleiben will, tritt oft aus freien Stücken ab. Für die indischen JournalistInnen sind auch die Besitzverhältnisse der Medienhäuser ein Problem. Die meisten Medienunternehmen sind ein Nebengeschäft von Firmenbesitzern, und diese leben oft in enger Symbiose mit den Politikern. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen wurden mehrere JournalistInnen entlassen, die Narendra Modi und seine Entourage kritisiert hatten. Modi hatte ja den Firmenbesitzern mehr Liberalisierung des Marktes versprochen. Eine Hand wäscht die andere. Auf der Rangliste der Pressefreiheit fiel Indien deshalb bereits vor den Wahlen weiter zurück.

Auch mein Brief vom Aussenministerium hatte diesmal noch länger als sonst auf sich warten lassen. Drei Tage bevor mein Visum ablief, fuhr ich ins Ministerium und ging nicht mehr weg. Am Abend hielt ich den Brief in den Händen. Anderntags ging ich damit und mit Kopien des Passes, des Visums, des Mietvertrags, des Journalistenausweises, der Stromrechnung, mit dem Bankauszug, der Aufenthaltsbewilligung und Passbildern zum FRRO in Gurgaon, von wo mich Spitzbart nach Delhi schickte.

In Delhi wartete ich eine Stunde in einem Raum mit Dutzenden von Afghanen, tätowierten Hippies und Geschäftsleuten, die im Schlepptau eines Agenten gekommen waren. Ein Agent kostet hundert bis zweihundert Franken, er übernimmt die bürokratische Arbeit und zahlt die nötigen Bestechungsgelder, so dass ausländische Firmen sagen können: Wir sind sauber, wir zahlen keine

Schmiergelder. «Ma'm, Ihr Antrag ist für Gurgaon, nicht für Delhi. Sie müssen zuerst im Internet ein Formular ausfüllen und all ihre Dokumente hochladen, dann kriegen sie vielleicht für übermorgen einen Termin bei uns», sagte ein Beamter, als ich endlich an der Reihe war. Wieder hätte ich weinen können vor Verzweiflung. Übermorgen wäre mein Visum bereits abgelaufen und dann würde ich zusätzliche Dokumente brauchen, um die Verspätung zu erklären. Ich suchte ein Cybercafé. Es war bereits voller Leute, die in einer ähnlichen Situation steckten. Die Regierungswebsite war eine Stunde lang nicht ladbar. Ein Sikh aus Kanada wollte wissen, ob die Schweizer Bürokratie mit der indischen Schritt halten könne. Ich wusste es nicht.

Als ich mit einem neuen Onlineantrag und allen Dokumenten ins Büro zurückkam, lächelte der Beamte. Zehn Minuten, versprach er, dann sei alles erledigt. Nach einer halben Stunde lagen die Papiere mit einer Klammer zusammengeheftet vor ihm auf dem Tisch. Eine Unterschrift fehle noch, aber jetzt sei Mittagspause, das müsse ich doch verstehen.

Kurz vor Büroschluss stand ich wieder vor dem spitzbärtigen Beamten in Gurgaon. Das Umzugszertifikat aus Neu Delhi war eine simple Unterschrift und ein roter Stempel. Es hatte mich fünf Stunden gekostet, aber immerhin würde ich noch heute mein Visum bekommen. Dachte ich. Der Beamte reichte mir stattdessen ein Papier mit der Aufschrift: «Polizeiliche Überprüfung der Adresse des Bittstellers.» Die fehle noch und ohne die könne er mir wirklich kein Visum geben. Aber keine Sorge, die Polizeistation sei ganz in der Nähe.

Die Polizeistation wirkte leer. Ich ging von Zimmer zu Zimmer und fand die Polizisten in einem abgedunkelten Raum. Sie schliefen alle. Einer setzte sich auf, strich sich die Uniform glatt und las das Schreiben des FRRO. Er müsse meine Wohnung sehen, sagte er, und ich brauche zwei Zeugen.

Karin Wenger ist Süd-
asien-Korresponden-
tin von Schweizer
Radio und Fernsehen
SRF und lebt seit
Oktober 2009 in Neu
Delhi. 2006 wurde ihr
der Zürcher Journal-
istenpreis verliehen.

k_wenger@yahoo.com

«Wieviel kostet die Wohnung? Sind Sie verheiratet, wohnen Sie alleine?», fragte der Polizist mit lüsternen Augen, als wir im Wohnzimmer sassen. Dann studierte er lange die zwei Unterschriften der Hausverwalter, die mein Fahrer geholt hatte, und schüttelte schliesslich den Kopf: «Das reicht nicht. Ich brauche noch die Namen der Väter Ihrer Zeugen, sonst ist das nicht gültig.» Dann fügte er an: «Sie können mir aber auch heute danke sagen, dann erledige ich alles sofort.» Ich verstand. Entweder ich bezahlte jetzt oder meine Überprüfung würde tagelang zuunterst in einem Pa-

pierstapel liegen bleiben. Ohne Überprüfung kein Visum, und dieses musste ich nun unbedingt haben. Der Fahrer steckte dem Polizisten 500 Rupien (acht Franken) zu. «Nicht nötig», sagte dieser zu mir und wandte sich an den Fahrer: «Das war eine sehr komplizierte Überprüfung, eine für eine Ausländerin. 1000 Rupien taten schliesslich den Dienst. Morgen könne ich mein Visum abholen, sagte der Polizist und ging. Aber morgen ist ein nationaler Feiertag und morgen läuft mein Visum ab. Übermorgen bin ich illegal. Nicht auszudenken, was den Beamten dazu wieder einfallen wird. ●

Ich bin auch eine Industriearbeiterin

Nachdem das Bashing der SozialhilfeempfängerInnen, der Langzeitarbeitslosen und der Asylsuchenden offenbar erschöpft ist, kommen nun jene dran, die mit diesen Leuten arbeiten. Aus der bekannten Ecke wurde das Label «Sozialindustrie» lanciert und eroberte flugs alle Printmedien. Selbst der Kommentator der NZZ (mindestens der eine) war sich so wenig zu schade für dieses Labeling, wie es ja auch noch kurz die WOZ streifte. Dort meinte ein Fachhochschulprofessor, es brauche keine Integrationsbetriebe, die Vollbeschäftigung lasse sich auch anders erreichen.

Ach Herr Kommentator, ach Herr Professor, wann haben Sie sich das letzte Mal mit Betroffenen auseinandergesetzt – und zwar nicht als Studienobjekt oder statistische Grösse, sondern real?

Wann sind Sie dem EDV-Mann gegenüber gesessen, der die 149. Bewerbung abgeschickt hat, was auch bedeutet, dass er 148 Absagen verkraften musste? 2008 aus der Bank outgesourct, ist er keine «Source» geworden, sondern ein Looser. Er ist nämlich 61.

Wann sind Sie der 53-jährigen Sozialarbeiterin begegnet, die Bewerbungsunterlagen präsentiert, die sich mit allen McKinsey-Wassern, allen Coachingkursen aller Arbeitsämter gewaschen hat und trotzdem immer auf Beige C landet, höchstens mal auf Beige B? Sie hat zwei Lücken im Lebenslauf, dort nämlich, wo sie wegen schweren Depressionen in der Klinik

war. Es nützte nichts, als sie auf Rat des Coachs von «Burn-out» geschrieben hat, es wird nichts nützen, was ihr die Vermittlerin neuerdings rät: Schreiben Sie doch «Psychologische Weiterbildung».

Wann haben Sie den 27-jährige Juristen mit gutem Abschluss angehört, der es nie über ein Praktikum hinausbringt, weil er immer in der zweiten oder dritten Woche von Panikattacken heimgesucht wird? Diese lassen sich mit Psychopharmaka bekämpfen, doch dann ist er nicht mehr arbeitsfähig.

Ja, so ist das Leben, Herr Kommentator, Herr Professor, weder stimmt die Ideologie (rechts) vom Markt, der alles richtet, noch die Ideologie (links) von der jederzeit zu erreichenden Vollbeschäftigung. Der Markt integriert nicht, er selektioniert, denn er will nur die Tüchtigen, und die Vollbeschäftigung ist eine Fiktion, punkt.

Also, wohin mit diesen Menschen? Klar, ab in die Sozialindustrie. Und so bin ich nach 44 Jahren als Sozialarbeiterin zur Sozialindustriearbeiterin avanciert. Damit habe ich kein Problem, das schmeckt nach realem Leben, guter Bütz und Taten statt Verbalakrobatik. Und wer weiss, vielleicht stossen bald die PolitikindustriearbeiterInnen zu uns, die MedienindustriearbeiterInnen, die FachhochschulindustriearbeiterInnen und es bildet sich im Spätkapitalismus eine neue Gemeinschaft, die 150 Jahre nach Karl Marx gemeinsam... Ich bin dafür zu haben! Monika Stocker